

Bekanntmachung

über die Auslegung des Entwurfs einer Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes „Kupferbach“ im Landkreis Helmstedt

Das Fachministerium für Umwelt hat gemäß § 115 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) durch Verordnung vom 26. November 2007 (Nds. GVBl. Nr. 38/2007) die Gewässer oder Gewässerabschnitte bestimmt, bei denen durch Hochwasser nicht nur geringfügige Schäden entstanden oder zu erwarten sind.

Für die nach Absatz 1 bestimmten Gewässer setzen die Wasserbehörden gemäß § 115 Abs. 2 NWG auf der Grundlage der vom gewässerkundlichen Landesdienst (NLWKN) erstellten Arbeitskarten durch Verordnung als Überschwemmungsgebiete die Gebiete fest, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren (Bemessungshochwasser) zu erwarten ist.

Vor dem Erlass der Verordnung ist ein Anhörungsverfahren durchzuführen.

Der Entwurf der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes „Kupferbach“ mit den dazugehörigen Übersichts- und Detailkarten liegt gemäß § 115 Abs. 3 NWG i. V. m. § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der aktuellen Fassung in der Zeit vom 16. April 2018 bis einschließlich 15. Mai 2018 bei folgenden Stellen aus und kann dort von jedermann während der Öffnungszeiten eingesehen werden:

Landkreis Helmstedt Charlotte-von-Veltheim-Weg 5, 38350 Helmstedt, Zimmer 122
Montag bis Freitag 09.30 Uhr bis 12.00 Uhr
Montag bis Donnerstag 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Stadt Helmstedt, Markt 1, 38350 Helmstedt, Zimmer M 212
Montag 9:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 9:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 9:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 9:00 bis 12:00 Uhr
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr

Ortsteil Büddenstedt, Bürgerbüro, Rathausplatz 1, 38372 Büddenstedt
Montag 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Mittwoch 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Jeder, dessen Belange durch das Verfahren berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Helmstedt, Untere Wasserbehörde, Charlotte-von-Veltheim-Weg 5, 38350 Helmstedt

oder bei der Stadt Helmstedt, Markt 1, 38350 Helmstedt Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Die fristgerecht erhobenen Einwendungen werden in einem Erörterungstermin, der noch ortsüblich bekannt gemacht wird, verhandelt. Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann ohne ihn verhandelt werden.

Kosten, die durch die Einsichtnahme in die Antragsunterlagen entstehen, können nicht erstattet werden.

Stadt Helmstedt
Der Bürgermeister
In Vertretung

Helmstedt, den_03.04.2018

gez. Henning Konrad Otto